



August Bebel, einer der unvergessenen Führer der deutschen Sozialdemokratie in ihrer heroischen Periode

Grafik: Griebel

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Antwort zu Problemen der Diskussion zur Politik der SP-Führung in Westdeutschland 1967

Nach Materialien des Kabinetts für Marxismus-Leninismus

Am 22. Februar jährte sich zum 127. Male der Geburtstag August Bebels. Dieses Gedenken drängt hochaktuelle Vergleiche auf.

Bebel war vor allem ein glühender Verfechter der Interessen der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Nation gegen das Ausbeutungs- und Kriegsregime der Monopolbourgeoisie. Bekannt und heute noch lebendig in unserem Volk ist seine Lebensmaxime: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Unser Genosse August Bebel hat unermüdlich in diesem Sinne gekämpft. Ihm ist erspart geblieben, den abgrundtiefen und überaus verhängnisvollen Verrat von sogenannten Führern der deutschen Sozialdemokratie zu erleben, die schändliche Mithilfe dabei, daß die Volksmassen Deutschlands 1914 und 1939 verbrecherisch mißbraucht werden konnten. Heute ist das Schuldkonto der Wehner, Brandt, Schmidt und anderer überfüllt. Sie traten in die Regierung Kiesinger/Strauß ein. Das war der Schritt von der Bunker- zur Regierungsgemeinschaft. Damit sprangen sie dienstfertig in die Bresche des krisengehüllten -staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Damit stellten sie sich wiederum schützend vor das deutsche Monopolkapital, diesen Todfeind unserer Nation. Sie fungieren gar als Minister der Sozialdemokratie. Der Sozialdemokratie? Natürlich liegt das nicht im Interesse der SP-Mitgliedschaft und der Millionen Wähler, die ihre Stimme dieser Partei gegeben haben. Also mußte versucht werden, diesen Verrat mit allen Mitteln der Demagogie in sein Gegenteil zu verkehren, in einen „Kompromiß“ umzuwälschen und

sellschaftlichen Anerkennung der SP. Auf solche Weise wurden innerhalb und außerhalb Deutschlands gehegte Illusionen genährt, daß neun SP-Minister neben zehn CDU/CSU-Ministern eine neue Politik in Bonn bedeuten und die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus „bremsen“ könnten. Seither ist Zeit ins Land gegangen. Unsere Warnungen bestätigten sich.

Statt als stärkste Partei der westdeutschen Bundesrepublik die Bildung einer Regierung unter Führung der SP durchzusetzen, gingen die SP-Minister in die Regierung der CDU/CSU und ordneten sich der Führung Kiesinger/Strauß unter. Brandt ist zwar Außenminister, aber laut Grundgesetz der BRD wird die Linie der Außenpolitik allein durch den Kanzler bzw. Ministerpräsidenten bestimmt, und der heißt Kiesinger, ist Altmarl und Mitglied der CDU. Heinemann ist zwar SP-Justizminister, doch die Entscheidungen trifft der CDU-Innenminister und Notstands-diktator Lücke. Eigentlich überflüssig zu sagen, daß sich die Befehlsgewalt über die Bundeswehr nicht in den Händen eines SP-Ministers, sondern des Herrn Schröder von der CDU befindet!

Dort, wo das Bild der „formierten Gesellschaft“ politisch zu sehr ramponiert war, wurden SP-Vertreter hingesetzt, wie uns auch das Amt für Herrn Wehner als Minister für „gesamtdeutsche“ Fragen deutlich zeigt.

„Wir haben alle Interesse an einer gesunden CDU“, erklärte Helmut Schmidt ganz im Sinne seiner ministeriellen Parteifreunde, die alles daran setzten, der Monopolbourgeoisie und der CDU/CSU aus der Sackgasse herauszuheilen. Karl Kautsky war fast ein Waisenknabe gegenüber ihrem Denken und Tun!

Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die jetzige Bonner Regierung lediglich Übergangscharakter trägt. Früher oder später wird Herr Kiesinger seinen Rücken so weit krümmen, daß ein anderer über ihn hinweg zur Spitze empormarschiert. Und dieser andere wird wahrscheinlich Herr Strauß sein. Im „Bayern-Kurier“ vom 31. De-

zember 1966 erklärte er: „Sie (die Koalition) ist für eine schöpferische Übergangszeit ins Leben gerufen worden.“ Das nennt man Kumpelstücken-Perspektive: „Heute back' ich, morgen brau' ich, und übermorgen hole ich der Königin ihr Kind“.

Erst nach innen - dann Expansion

Nach den Absichten ihrer Akteure und Hintermänner soll die jetzige Bonner Regierung überleben zu unverhüllt brutaler Herrschaft der imperialistischen Monopole, zur Durchsetzung ihrer Eroberungspolitik. Erst nach innen alles absichern, dann Expansion nach außen: Das war von jeher die Konzeption des deutschen Imperialismus. Deshalb auch wurde in Westdeutschland die neofaschistische NPD geschaffen. In ihrem Programm finden wir solche Sätze wie: „Kommunisten sind nicht deutsch“ - „Wer Grenzen anerkennt, ist Landesverräter“. Diese Partei von Neonazis bezeichnete Strauß nach ihrem Eindringen in die Länderparlamente Heiden und Beyers begeistert als die „Partei der Zukunft“. Außerdem sitzen bereits genügend Altnazis in der CDU/CSU, selbst in der Bonner Regierung. Das beginnt beim Bundespräsidenten.

Und die rechten Führer der westdeutschen Sozialdemokratie machen mit! Mit geschwelliger Brust verkündeten sie vor wenigen Wochen erst: „Wenn uns das Reich gerufen hat, sind wir immer zur Stelle gewesen.“ Leider - kann man da nur sagen. Es ist bittere Wahrheit, daß sich die rechte Sozialdemokratie auch nach 1945 niemals für den Standpunkt der Arbeiterklasse und die Interessen der deutschen Nation entschieden hat. Man sehe ihnen nur auf die Finger: Was zeigen die politischen Resultate?

Wie recht hatte doch Bebel ...

Mit welcher Schärfe wandte sich doch einst August Bebel gegen jedes Faktieren mit den reaktionären Kräften! Mit Stolz bekannte er auf dem Dres-

ner SPD-Parteitag 1903: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.“ Bebel erkannte deutlich: Wenn ein Sozialdemokrat ein Bündnis mit Parteien der Großbourgeoisie eingeht, „so ist tausend gegen eins zu wetten, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind“ (Magdeburger SPD-Parteitag 1910).

Welche hochaktuelle und tausendfach durch die Geschichte bestätigte Wahrheit für die Arbeiter und ihre Organisationen in Westdeutschland!

Wehner, der im zweiten Weltkrieg, um sich einen Platz im neutralen Schweden zu erkaufen und nicht zur illegalen Arbeit nach Deutschland zu geben, als KPD-Renegat Kommunisten und Antifaschisten an die Gestapo ausgeliefert hat, meinte am 5. Januar 1967 im „Vorwärts“: „Jetzt handelt es sich darum, das Gesetz des Handelns dadurch zu bestimmen, daß die Grundlagen gerettet, erhalten und entwicklungs-fähig gemacht werden ... die Bundesrepublik Deutschland ist unser eigener Staat.“ Und dieser Mann wagte, uns dreißig Millionen Mark als „Geschenk“ anzubieten, nachdem uns etwa 100 Milliarden in der Zeit vor dem 13. August 1961 von den westdeutschen Imperialisten und ihren Lakaien gestohlen wurden!

Wehner erklärt stolz, daß es ohne die SP keine Spaltung Deutschlands, keinen imperialistischen westdeutschen Staat gegeben hätte. Man muß das im Wortlaut hören: „Ohne die SPD und ihre Frontstellung gegen den Kommunismus hätte es keine freiheitliche Bundesrepublik gegeben.“ Und lauthals brüstete sich Brandt am 31. Dezember 1966 in der „Berliner Stimme“ (Westberlin) mit dienstfertiger Kollaborateursbereitschaft: „1967 soll ein Jahr werden, das uns als Staat und Volk Stabilität im Innern und Handlungsfreiheit nach außen gibt.“

Diese SP-Führer sind von der Gemeinsamkeit der Auffassungen mit dem Imperialismus zur Gemeinsamkeit der Aktion übergegangen. Es darf keine Illusionen mehr geben: Innen- wie außenpolitisch befindet sich das ganze neue Bonner Kabinett eindeutig auf scharfem Rechtskurs! Nach der Restorationsperiode des westdeutschen Monopolkapitals folgt jetzt die diktatorische Regierungsform nach innen, und die Expansion nach außen wird akut vorbereitet.

Bebels Vermächtnis in der DDR erfüllt

Das gerade heute wertvollste Vermächtnis August Bebels ist sein kämpferischer Kampf gegen den deutschen Militarismus. Ob als Leiter des Leipziger Arbeiterbildungsvereins oder als Vorsitzender des Bundes deutscher Arbeitervereine, ob als Führer der Eisenarbeiter Partei oder später der zur Massenpartei gewordenen SPD - wie ein roter Faden zieht sich durch alle Etappen seines Lebens diese unerbittliche Gegnerschaft zum Militarismus. „Der von dem gegenwärtigen Regierungssystem betriebenen Militär- und Wirtschaftspolitik setzt die Sozialdemokratie nach wie vor die Parole entgegen: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ (Kölnier Parteitag 1963). Tatsache ist, daß der als vaterlandslos verschrieene Führer der deutschen Arbeiterklasse August Bebel und die gesamte „vaterlandslose“ Sozialdemokratie dieser Zeit sich in ihrem Klassenkampf gegen den deutschen Militarismus im Vergleich zu allen bürgerlichen Parteien als die einzigen Verfechter der nationalen Interessen des deutschen Volkes erwiesen. Die heutigen SP-Minister in Bonn haben das vergessen und wollen das vergessen machen.

Die Politik der rechten Führer der westdeutschen Sozialdemokratie steht gestern wie heute in diametralem Gegensatz zu dem Vermächtnis von August Bebel und den revolutionären Traditionen der sozialdemokratischen Partei. Sie ist gegen die Lebensinteressen der friedliebenden Menschen gerichtet. Sie ist völlige Abkehr von jener Politik, die der deutschen Sozialdemokratie einst die Achtung der fortschrittlichen Welt gesichert hat. Das Wort, das unser unvergessener August Bebel 1893 sprach: „Die Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß die Politik jedes Staates auf die Verständigung und Versöhnung der Völker gerichtet sein muß, daß der Weltstreit zwischen den verschiedenen Nationen nicht darin bestehen darf, wer die besten Mordwerkzeuge und die größten Armeen besitzt, sondern wer für die Kultur und den Fortschritt der Menschheit das größte und meiste leistet“, dürfen wir als Vermächtnis auffassen. Es in Ehren unter der Führung der Partei der geeinten Arbeiterklasse in unserer Republik erfüllt zu haben, macht uns stolz.

MEINUNGEN

Herr Professor Dr.-Ing. habil. Harald Perner, Institut für Textiltechnik, schreibt:

Die Hoffnung der friedliebenden Menschen in beiden deutschen Staaten, daß durch die Beteiligung der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei an der Regierung der Bundesrepublik eine Kursänderung in Richtung der Entspannung eintritt, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil hat sich die sozialdemokratische Partei von der Rolle des Arztes am Krankenbett der CDU/CSU auf die Position eines Assistenten zur Mithilfe bei der Durchsetzung der alten irrealen Politik begeben.

der letzten Jahre so stark auseinanderentwickelt haben, daß gegenwärtig nicht einmal die unerbittlichen Voraussetzungen zur Bildung einer von der DDR vor Jahren vorgeschlagenen Konföderation der beiden deutschen Staaten bestehen. Durch demokratische Maßnahmen muß die Bundesrepublik erst wieder konföderationswürdig werden, bevor an den Vollzug eines solchen bedeutsamen Schrittes gedacht werden kann. Aus den gleichen Gründen der gegenwärtigen Situation ist auch der Begriff der gesamtdeutschen Wissenschaft ohne Inhalt. Wenn auch die persönlichen Beziehungen zwischen DDR-Wissenschaftlern und den fortgeschrittenen westdeutschen Wissenschaftlern die bisherigen, von westdeutscher Seite auferlegten Bewährungsproben bestanden haben, so täuscht das nicht darüber hinweg, daß die Ziele der Wissenschaft in Ost und West grundverschieden sind. Wenn über derartige Divergenzen zu verzeichnen sind, so kann der Begriff „gesamtdeutsche Wissenschaft“ auch auf diesen wichtigen Teil des Lebensbereiches nicht mehr angewendet werden.

Immer dann, wenn sich durch die beharrlichen Bemühungen der fortschrittlichen Länder ein heißersehnter Fortschritt einstellt, setzen die Versuche der offiziellen westdeutschen Kreise ein, um die Errungenschaften abzuwenden. Besonders deutlich wurde dies durch die Haltung des westdeutschen Außenministers Brandt in den USA, als er sich gegen den von der gesamten Menschheit begrüßten Atomwaffenverbot aussprach.

Es ist offensichtlich geworden, daß sich die beiden deutschen Staaten, nicht durch die Schuld der DDR, besonders im Verlauf

neue gefährliche Illusionen

zu wecken:

Die SP sei als staatserhaltende Partei verpflichtet, den von der CDU/CSU in den Sumpf dirigierten Staatskarren wieder flottzumachen. Wehner verkündete, der Eintritt in die Regierung sei ein Ausdruck der Stärke und der ge-



Formiert...

Die neue Bonner Regierung unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger trat am 7. November 1966 zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Unser Bild: Bundeskanzler Kiesinger (Mitte) beim Einleiten der ersten Kabinettsitzung; links: Außenminister Willy Brandt, und rechts der neue Bundesminister für „Gesamtdeutsche Fragen“ Herbert Wehner. Foto: Zentralbild

Westdeutsche Wirklichkeit

Faschistengruß an der Universität

Die Universität zu Tübingen, aus der Naziherrschaft als „braune Universität“ bekannt, steht wieder im Licht der Öffentlichkeit. Ein gewisser Hans Schmidt, 27 Jahre alt, bescherte 1966 der Hochschule den „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB), Hochschulgruppe Tübingen. Seit vier Wochen kennen ihn alle 11 000 Studenten, zumindest den Namen nach. Man begrüßt Schmidt mit „Heil Hitler“. Unbekümmert um den Protest von 3 000 Kommilitonen, die zu einer Anti-NPD-Demonstration auf die Straße zogen, gründete Schmidt eine faschistische Hochschulgruppe; denn er hat nicht nur sympathisierende Ordinarien hinter sich, sondern auch das Wohlwollen der Kiesinger-Strauß-Regierung.

Tübingen ist kein Einzelfall. An der Mainzer Universität rechnet der NPD-Landtagskandidat Johe mit sieben Prozent der Universitätsbelegschaft, die auf der Seite der Neofaschisten sein sollen. Überall mausern sich an den Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands die NPD-Faschisten; in Bonn, Frankfurt (Main), Heidelberg und Freiburg. In Freiburg versuchten sie, sich der studentischen Presse zu bemächtigen, und man rechnet auf Zuschüsse aus dem „Bundesjugendplan“.

In der Erklärung der Regierung der UdSSR zum wiedererstehenden Nazismus in Westdeutschland werden klar die Gründe für diese verhängnisvolle Entwicklung dargelegt: ... die Bedingungen des gesellschaftspolitischen Lebens in der BRD, ... die Politik, die von ihren herrschenden Kreisen betrieben wird.“ Günter Gabel

„Universitätszeitung“ Seite 5